

THOMAS KUTSCHATY:

AUS FEHLERN LERNEN

Vor nicht einem Jahr haben wir die Bundestagswahl gewonnen, nachdem wir in NRW wenige Monate zuvor bei 17 Prozent lagen. Im Mai haben wir bei der Landtagswahl eine bittere Niederlage kassiert. Es kann derzeit für die SPD schnell in alle Richtungen gehen.



Foto ©: Xander Heiny/photothek.de

Der Wahlabend in Düsseldorf hat weh getan, denn wir haben uns vorher mehr ausgerechnet und auch die Umfragen haben was anderes vorausgesagt. Ich fand es ein starkes Zeichen, wie wir in den Wochen danach in Bund, im ganzen Land, in Partei und Fraktion zusammengestanden haben. Wir gewinnen zusammen, wir verlieren zusammen – das war nicht immer so. Und dennoch: Es gibt viele Dinge, über die wir nach dieser Wahl sprechen müssen, um sie dann gemeinsam anzugehen.

Fast 10 Prozent der Berechtigten sind weniger zur Wahl gegangen – diese Zahl ist schockierend. Immer mehr Menschen ziehen sich aus dem öffentlichen Diskurs zurück. Der Krieg, das Klima, die steigenden Kosten – vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Vermögen bringt eine permanente schlechte Nachrichtenlage wenig Perspektive für den eigenen Alltag. Uns ist es bei der Landtagswahl im Mai nicht gelungen, mit unseren Ideen durchzudringen. Das ist Fakt. Woran lag es?

Krieg, Klima, Kosten sind riesengroße und komplexe Herausforderungen. In den Wochen des Wahlkampfes ist das mit besonderer Wucht zum Tragen gekommen. Leider ging es in der politischen Auseinandersetzung eher um Nickligkeiten als um die unterschiedlichen Konzepte zur Problemlösung. Die politische Konkurrenz setzte so auf eine soziale Demobilisierung bei der Wahl und hatte leider Erfolg damit. Dies kann nicht der demokratische Wettstreit sein, den wir haben wollen.

Dass überhaupt noch mehr als die Hälfte der Berechtigten zur Wahl gegangen ist, haben wir vor allem älteren Bevölkerungsgruppen zu verdanken. Dagegen nahmen nur 46 Prozent der Erstwählerinnen und Erstwähler an der Wahl teil. Dies ist ein inakzeptabler Wert. Wir werden in den kommenden Wochen genau prüfen, warum gerade bei den Jungen die Motivation für den Wahlgang so niedrig ist.

Unser enttäuschender zweiter Platz ist nicht nur der abrupt sinkenden Wahlbeteiligung geschuldet. Gerade in den Städten der Rheinschiene

haben die Grünen zu unseren Ungunsten kräftig zugelegt. Aber nicht nur dort: Auch in ländlichen Gebieten lagen sie bei 15-20 Prozent.

Sie lassen sich nicht als Hipster-Phänomen abtun. Vielmehr sind wir gefordert, eigene sozialdemokratische Antworten für eine bessere und effizientere Klimapolitik zu geben, die kein Gegensatz zum Sozialen darstellt. Denn unter CDU und Grüne werden bei zunehmender Hitze und Trockenheit vor allem diejenigen, die wenig in der Tasche haben, weiter an Lebensqualität einbüßen. Wir werden die anstehende Oppositionszeit nutzen müssen, um uns bei diesem Megathema eigenständiger aufzustellen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel investiert, um für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Netzwerke zu reaktivieren. Mit Blick auf unser Wahlergebnis bleibt zu sagen: Es gibt da weiter viel zu tun, vor allem um der Vielfalt aller Berufsgruppen – auch derjenigen, die nicht stark organisiert sind – gerechter zu werden. Die Sozialdemokratie in NRW ist beim Thema Arbeit gefordert, das gesellschaftlich Verbindende stets neu herauszuarbeiten und beim zum Verbessernden auf Höhe der Zeit zu sein. Dafür braucht es neue Dialogansätze ohne Folklore.

Der erste Blick zeigt also: Die Gründe für das Ergebnis sind vielfältig. Wir können heute nicht per Fingerschnipp Schlussfolgerungen ziehen. Der Landesvorstand hat deshalb beschlossen, die Analyse bis zum Landesparteitag mit externer Hilfe zu vertiefen. Ähnlich konzipiert wie die Studie „Aus Fehlern lernen“ nach der Bundestagswahl 2017 soll uns der Blick von außen helfen, strukturelle Defizite unserer Arbeit und notwendige Veränderungen besser zu erkennen.

Opposition ist Mist. Deshalb setze ich als Euer Vorsitzender alles daran, dass wir wieder strukturell mehrheitsfähig werden, damit wir beim nächsten Mal vorne liegen. Ich habe vor nicht einmal 15 Monaten dieses Amt angetreten. Wir hatten wenig Zeit, viel aufzuholen. Es war aber genug Zeit, um zu erleben, wie viel Kraft und Herzblut in diesem Landesverband steckt. Im ganzen Land haben wir gemeinsam hunderte Termine absolviert. Für dieses großartige Engagement in dieser Zeit danke ich Euch. Zusammen packen wir die großen Aufgaben nach der wohlverdienten Sommerpause an. CDU und Grüne können sich auf eine NRWSPD einstellen, die viel vorhat für unser Land.

Herzliche Grüße
Euer Thomas Kutschaty

„HEUTE WIRD SICH NUR NOCH EMPÖRT“

GRÜNDE FÜR DIE NIEDRIGE WAHLBETEILIGUNG: EIN STADTTTEILBESUCH IN HAGEN-WEHRINGHAUSEN



Der Wilhelmsplatz in Hagen-Wehringhausen

Foto: © NRWSPD/Jörg Holtkamp

Ein bisschen grau ist er schon, der Wilhelmsplatz in Hagen-Wehringhausen. Was früher ein Parkplatz war, ist heute frisch gepflastert und dient den Kindern des Viertels als Spielplatz. Ringsum bunt gestrichene Altbaufassaden, auf der einen Ecke eine Pinte, auf der anderen ein Kiosk. Doch nicht überall erscheint der Stadtteil so ruhig. Eine Recherche zu Hagen-Wehringhausen ergibt fast ausschließlich Polizeiberichte: Diebstähle, Gewalttaten, Verkehrsunfälle.

Das Negativimage hat sich eingefressen. Man könne gar nicht mehr laut sagen, dass man gern in Wehringhausen lebe, sagt Jan Eckhoff. Er ist hier aufgewachsen. Den gleichen Eindruck hat auch Tabea Dölker, die als Grafikerin erst vor ein paar Jahren nach Hagen gezogen ist. Die beiden beschäftigen sich schon länger mit ihrem Stadtteil und versuchen Wehringhausen mit ihren Projekten „089 Wehringhausen“ und „Hagen hat was“ zu einem neuen Selbstverständnis zu verhelfen.



Foto: © NRWSPD/Jörg Holtkamp

Jan Eckhoff und Tabea Dölker versuchen, Wehringhausen zu neuem Selbstverständnis zu verhelfen

Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt, wie groß die Herausforderung ist. Sie lag im Mai bei der Landtagswahl auf einem neuen Tiefpunkt. Stadtweit lag sie gerade einmal bei 45,3 Prozent. Die landesweiten 55,5 Prozent werden in einigen Hagener Stimmbezirken schon seit Jahren nicht mehr erreicht. Im benachbarten Stimmbezirk Södingstraße lag die Wahlbeteiligung bei keiner Wahl der vergangenen zehn Jahre über 38 Prozent. Da in Wehringhausen viele Menschen aus Rumänien leben, ist ein großer Teil der Menschen vor Ort gar nicht wahlberechtigt. Da müsse man sich schon fragen, wie repräsentativ die gewählten Gremien noch seien, erklärt Jan Eckhoff, der als freier Journalist arbeitet.

MEHR ÖFFENTLICHES LEBEN SCHAFFEN

Für Tabea Dölker ist vor allem Kommunikation der Schlüssel zur Erklärung der Wahlbeteiligung. Die Politik scheitere daran, die Menschen vor Ort zu erreichen. Abhilfe könne ihrer Meinung nach zum Beispiel eine einfachere Sprache leisten. Bei Begriffen wie „Mietpreisbremse“ würde schon zu viel Vorwissen vorausgesetzt, um die Menschen an den Diskussionen zu beteiligen. Damit politische Diskussionen aber überhaupt erst in Gang kämen, bräuchte man mehr Räume. Aktuell habe sich die Kommunikation in einzelne abgeschlossene Runden und „Bubbles“ verlegt. Inhaltlichen Austausch zwischen verschiedenen Gemeinschaften gebe es kaum noch. „Ich habe das Gefühl, heute wird sich nur noch empört“, sagt Tabea Dölker. Dauerempörung erzeugt Ermüdung. Jan Eckhoff erinnert sich noch an Zeiten, in den der ganze Stadtteil auf dem Wochenmarkt oder am Spielfeldrand des Fußballplatzes zusammenkam. Heute existieren solche Angebote immer weniger.

VOM ABGANG DER SCHWERINDUSTRIE

Trotzdem loben die beiden die Arbeit der Initiativen vor Ort: Gerade für die vielen Kinder am Wilhelmsplatz gebe es Angebote, die ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit gäben. Bei den Erwachsenen ginge dieses Gefühl dann allerdings verloren, beobachtet Eckhoff. Die geringe Präsenz der Politik trage auch nicht unbedingt dazu bei, dass die Menschen sich wahrgenommen fühlten.

Für Jan Eckhoff ist klar: „Wir haben in Städten wie Hagen, Duisburg oder Gelsenkirchen den strukturellen Wandel komplett verpasst.“ Seit dem Weggang der Schwerindustrie habe sich gerade die Arbeitsstruktur in Hagen verändert – statt der Industriearbeiter*innen bräuchten nun die Beschäftigten des Dienstleistungssektors die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Politik müsse sich hier schneller anpassen, findet auch Tabea Dölker.

Für Ina Blumenthal, die gerade erst neu und per Direktmandat für den Stadtteil in den Landtag gewählt wurde, stellen sich im Wahlkreis stellvertretend für die SPD im Land große Aufgaben. „Wer mit offenen Augen durch Wehringhausen geht, der sieht, dass Schwierigkeiten und Potenzial nah beieinander liegen“, sagt die 41-Jährige. Bereits im Wahlkampf lag für sie der Schwerpunkt darin, mit den Menschen in Wehringhausen in Kontakt zu kommen. Diese Gespräche möchte die Sozialdemokratin mit Hausbesuchen und Terminen vor Ort auch in Nicht-Wahlkampfzeiten intensivieren, denn, so ihre Überzeugung: „Gute Politik entsteht nur dann, wenn wir miteinander reden.“

GEMEINSAM PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

Kann das klappen? Es muss und es kann. Denn laut Eckhoff zeigt die Lage im Stadtteil keinen Einzelfall: „Hier werden die Probleme besonders deutlich, die gibt es aber überall anders auch.“ Und Blumenthal findet: „Wehringhausen ist ein lebenswerter Stadtteil.“ Auf dem Wilhelmsplatz sieht man warum: Dort sammeln Halima und die örtliche Kindergruppe Müll auf. Bereits für die Jungen zeigt sich: Wenn sich etwas verändern soll, dann geht das am besten gemeinsam. Und auf einmal ist der Platz gar nicht mehr so grau. ■

Ina Blumenthal besucht mit Thomas Kutschaty ein Wohnprojekt



Foto: © NRWSPD

3X KURZ UND KNAPP

Interview mit Neumitglied Judith



Im April, also während des Wahlkampfs, ist Judith Vincenti in die SPD eingetreten. Im Interview erzählt uns die 26-Jährige, was sie zu ihrem Beitritt in den Ortsverein Bonn-Mitte bewogen hat.

WARUM BIST DU IN DIE SPD EINGETRETEN?

Ich wollte mich politisch engagieren, da unsere Demokratie vom Mitmachen lebt. Es hat mich gestört, immer nur zu reden und zu jammern, anstatt wirklich etwas zu tun. Die Grundpfeiler der SPD – Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit – finde ich wichtig und unterstützenswert. Nach einigen Besuchen bei den Jusos war mir klar, dass die SPD für meine Anliegen die richtige Adresse ist.

HAST DU DEINEN ORTSVEREIN SCHON KENNENGELERNT?

Ja, dort wurde ich herzlich empfangen und habe mich sofort wohlfühlt. Beim ersten Mal stand die Besprechung der Anträge für den Unterbezirksparteitag an. Da habe ich gleich einige hitzige und spannende Diskussionen mitbekommen und über viele Anträge mit abgestimmt.

WELCHE THEMEN LIEGEN DIR BESONDERS AM HERZEN?

Ich möchte mich vor allem gegen soziale Ungerechtigkeit engagieren. Wie können wir unsere Gesellschaft so gestalten, dass Reichtum und Wohlstand gerecht verteilt sind? Außerdem stehen wir durch die Klimakatastrophe vor einer der größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte, die einschneidender Transformationsprozesse bedarf. Diese müssen sozial gerecht gestaltet werden. Und natürlich das Patriarchat beenden! ■



Fotos: © NRWSPD

NEUES AUS DEM LANDTAG: SPD-LANDTAGSFRAKTION STELLT WEICHEN FÜR OPPOSITONSARBEIT

Die 18. Wahlperiode des nordrhein-westfälischen Landtags hat begonnen. 56 Abgeordnete zählt die SPD-Landtagsfraktion seit der Landtagswahl Mitte Mai. Ein Drittel der SPD-Abgeordneten ist das erste Mal in den Landtag eingezogen. Die Fraktion hat sich deutlich verjüngt und hat heute einen deutlich höheren Frauenanteil als zuvor.

Vor der konstituierenden Sitzung des Landtags am 1. Juni haben die SPD-Abgeordneten die erste personelle Entscheidung getroffen: Sie nominierten Rainer Schmelzer zum neuen Vizepräsidenten des Landtags. Schmelzer gehört dem Landtag seit 22 Jahren an, von 2015-2017 war er unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft Arbeitsminister. Mit großer Mehrheit wurde der 61-Jährige bei der Konstituierung zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Mitte Juni haben die 56 SPD-Abgeordneten den Fraktionsvorstand gewählt. Alter und neuer Fraktionsvorsitzender ist Thomas Kutschaty, der bereits seit 2018 Oppositionsführer im Landtag ist. Als Parlamentarische Geschäftsführerin wurde Sarah Philipp im Amt bestätigt. Die 39-Jährige ist seit 2012 Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Duisburg I und wurde 2018 erstmals zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt.

Thomas Kutschaty und Sarah Philipp werden von fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden unterstützt. Dazu gehört Christian Dahm, der schon in der letzten Legislaturperiode dem Fraktionsvorstand angehörte. Wiedergewählt wurden außerdem Lisa Kapteinat aus dem Wahlkreis Recklinghausen IV und der Kölner Jochen Ott. Als neugewählte Mitglieder unterstützen von nun an Elisabeth Müller-Witt (Mettmann III – Mülheim II) und der Herner Abgeordnete Alexander Vogt den Fraktionsvorstand. ■

SPD-FRAKTION VERJÜNGT SICH

19 der 56 SPD-Abgeordneten sind bei der Wahl am 15. Mai zum ersten Mal in den Landtag eingezogen. Das **Durchschnittsalter der neuen Fraktion liegt bei 48,24 Jahren**. Damit hat sich die Fraktion um fast 8 Jahre bei der Landtagswahl verjüngt (Durchschnittsalter vor der Landtagswahl: 56,13 Jahre).

FRAUENANTEIL SPÜRBAR GRÖßER

24 der 56 SPD-Abgeordneten sind in der 18. Wahlperiode weiblich. Das entspricht einem **Anteil von knapp 43 Prozent**. Zum Ende der 17. Wahlperiode betrug der Frauenanteil in der SPD-Fraktion lediglich 36,2 Prozent.